

Kleine Anfrage

der Abgeordneten Dr. Barbara Höll und der Gruppe der PDS/Linke Liste

Verlagerung von Sperrbeträgen zur Erwirtschaftung der globalen Minderausgabe

Mit Schreiben vom 14. April 1994 hat das Bundesministerium der Finanzen dem Haushaltsausschuß über die Ressortkonzepte zur Erwirtschaftung der Einsparbeträge von insgesamt 5 Mrd. DM berichtet.

In diesem Bericht wird behauptet, daß die Sperrbeträge nicht in vollem Umfang innerhalb der gesperrten Ausgabeblöcke der sächlichen Verwaltungsausgaben, der militärischen Beschaffungen sowie der Zuweisungen und Zuschüsse erwirtschaftet werden können. Umschichtungen zwischen gesperrten Ausgabeblöcken und Verlagerungen aus den Ausgabeblöcken in andere Bereiche sind angeblich unumgänglich. Ferner teilt das Bundesministerium der Finanzen mit, daß es beabsichtigt, den von den Ressorts gestellten Verlagerungsanträgen zuzustimmen.

Wir fragen die Bundesregierung:

1. Für welche Zuwendungsempfänger bzw. für welche Projekte in den Einzelplänen 06 und 30 wirkt sich die Verlagerung aus den Hauptgruppen 5 und 6 in welcher Höhe aus?
2. Auf Kosten welcher Maßnahmen der Rehabilitation, der Pflege und sonstigen Modellmaßnahmen aus den Haushaltsgruppen 5 und 8 sollen im Einzelplan 11 zusätzliche Einsparungen in Höhe von 61 Mio. DM erwirtschaftet werden?
3. Zungunsten welcher Zuwendungsempfänger und welcher Projekte sollen im Einzelplan 30 Einsparungen in Höhe von 75 Mio. DM verlagert werden?
4. Für welche „zukunftsorientierten Ausgaben für Beschaffungen im Verteidigungshaushalt“ (Ausschußdrucksache 1889 des Haushaltsausschusses, S. 3) soll der Einzelplan 25 um 50 Mio. DM entlastet werden?
5. Welche der militärischen Beschaffungen (Obergruppe 55) sind mit welchen Einsparauflagen belegt?

6. Welche eingegangenen vertraglichen Bindungen könnten im Einzelplan 14 in Obergruppe 55 die Erwirtschaftung des Restbetrags der Einsparungen von rund 600 Mio. DM in welcher Höhe in Frage stellen?
7. Wann und auf welcher Entscheidungsgrundlage soll über den Restbetrag der im Einzelplan 14 zu erwirtschaftenden Einsparungen entschieden werden?

Bonn, den 19. April 1994

Dr. Barbara Höll

Dr. Gregor Gysi und Gruppe